

Mach' meinen Kumpel nicht an!

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCENGLEICHHEIT

JUNI 2015

Erstes Internationales Kinderfest

Interkultureller Arbeitskreis der IG BCE in Alsdorf



Zum ersten Mal beging der interkulturelle Arbeitskreis der IG BCE im Bezirk Alsdorf das internationale Kinderfest. Der Erlös des Festes ging an die Falken und den Internationalen Arbeitskreis „Hand in Hand“ der Evangelischen Kirchengemeinde Herzogenrath. Beide Organisationen engagieren sich in der Flüchtlingshilfe. Der Scheck wurde Ende Mai überreicht. Der Vorsitzende des Interkulturellen Arbeitskreises, Bulkan Ersoy, sieht in diesem Engagement einen Beitrag der Gewerkschaften, um das Thema der Flüchtlingsfamilien stärker in das Bewusstsein der Menschen zu rücken: „Uns ging es darum, ein Zeichen der Solidarität zu setzen und den Schutzbedürftigen zu helfen.“ Am Kinderfest selbst waren auch 12 Flüchtlingskinder anwesend. „Am Ende haben alle Kinder zusammen gespielt. Sie machen keine Unterschiede, so sollte es auch bei den Erwachsenen sein“, so Bulkan Ersoy.



Gemeinsam stark!

ver.di-Bundesjugendkonferenz setzt sich für Flüchtlinge ein

„Unser Ziel ist es, die Jugend aufzuklären und zu sensibilisieren, damit sie nicht den verbreiteten Vorurteilen glauben“, betont André Zeitler, stellvertretender Vorsitzender des Bundesvorstands der ver.di-Jugend, zuständig für die Antirassismus-Arbeit. Auf der diesjährigen Bundesjugendkonferenz wurde nicht nur aufgeklärt und sensibilisiert, sondern auch

handfest beschlossen. Ganz gemäß dem Slogan: "Gemeinsam stark"! Vom 08. bis zum 10. Mai 2015 fand die 4. Bundesjugendkonferenz der ver.di-Jugend in Berlin statt. Über 80 Delegierte aus ganz Deutschland haben die Weichen der Jugendarbeit für die kommenden vier Jahre gestellt. Während der Konferenz beriet die Gewerkschaftsjugend über 250 Anträge, die Themenpalette reichte dabei von der Bildungs- über die Tarifpolitik bis zu gesellschaftspolitischen Themen wie

Diskriminierung und Rassismus. Sehr engagiert zeigten sich die jungen „Verdianer“ in Sachen Flüchtlingspolitik. „Fast aus jedem Landesbezirk kamen z. B. Anträge, Initiativen wie „Refugees welcome“ zu unterstützen. Beim Thema Flüchtlinge herrscht bei uns große Einigkeit und große Solidarität“, erklärt Jung-Gewerkschafter Zeitler.

Die Bundesjugendkonferenz sprach sich dafür aus, die Aufnahmeverfahren für Flüchtlinge zu entbürokratisieren, die Menschen nicht zu „illegalisieren“ und sie auch bei ihren Arbeitskämpfen zu unterstützen, da gerade Flüchtlinge massiv von Ausbeutung betroffen seien. Darüber hinaus beschlossen die Delegierten, dafür zu kämpfen, dass Flüchtlinge

auch bei ungeklärtem Status in die Gewerkschaften aufgenommen werden können. Parteien und Bewegungen, die auf dem Rücken der Schutzsuchenden populistische Ressentiments schüren, sagte die ver.di-Jugend den Kampf an: „Wir haben beschlossen, dass eine Mitgliedschaft in der AfD unvereinbar mit den Grundsätzen unserer

Gewerkschaft ist,“ sagt André Zeitler und ergänzt: „Um beim Bild zu bleiben: Man kann nicht in der rechten Hand die AfD-Fahne tragen und in der linken die ver.di-

Flagge.“ Die ver.di-Jugend rief des Weiteren dazu auf, aktiv auf Gegendemos gegen Pegida oder ähnliche Bewegungen vorzugehen. Der Jugendverband der Dienstleistungsgewerkschaft setzt auf seiner Konferenz ein klares Zeichen für Solidarität und Chancengleichheit und gegen jede Form von Ausgrenzung und Rassismus.



Unsere Fördermitglieder v.l. André Zeitler, Simon Habermas, Isabell Senff im ver.di Bundesjugendvorstand

"Unser Ziel ist es, die Jugend aufzuklären und zu sensibilisieren, damit sie nicht den verbreiteten Vorurteilen glauben."

Engagement hört nicht am Werkstor auf

IG-Metall-Vertrauensleuteversammlung bei VW in Hannover beschäftigt sich mit Rechtsextremismus und Rassismus

Bei der IG-Metall-Vertrauensleuteversammlung der Volkswagen AG Ende Mai setzten sich rund 800 Vertrauensleute mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus auseinander. Der Kumpelverein stellte den Kolleginnen und Kollegen seine Angebote im Bereich der gewerkschaftlichen und betrieblichen antirassistischen Präventionsarbeit vor. Zudem war als Experte Dr. Ralf Melzer von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) eingeladen, Herausgeber der Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“. Die 2014 im November erschienene Studie analysiert rassistische Einstellungsmuster in Deutschland – vom rechtsextremen Rand bis hin zu den subtilen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der „Mitte“ der Gesellschaft. Die Auswertung ergab, dass rechtsextremes Gedankengut zwar insgesamt zurückgeht, aber rassistische Vorurteile gegenüber einzelnen Bevölke-

runksgruppen durchaus hohe Zustimmung erfahren. Daher, so Ralf Melzer, sei der Kampf gegen Rassismus eine dringliche Herausforderung für unsere Demokratie und erfordere ein wachsameres und kontinuierliches Engagement aller Akteure unserer Gesellschaft. Für den kontinuierlichen Einsatz gegen „Rechts“ stehe sowohl die FES als auch der Kumpelverein mit seinem nunmehr fast 30-jährigen Engagement. Martin Sieber, aktives Fördermitglied, forderte die 800 Vertrauensleute zu noch mehr Engagement auf: „Euer Engagement als Vertrauensleute hört nicht am Werkstor auf, euer gesellschaftliches Betätigungsfeld ist auch euer Revier.“ In einem anschließenden Gespräch mit Sandra Milder, der Vorsitzenden der Jugendvertretung, wurde über Möglichkeiten des Engagements

gesprochen und eine Teilnahme am Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ in Betracht gezogen.



„Rechte Gewalt ist an der Tagesordnung“

Interview mit Sandro Witt, stellv. Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen und Vorsitzender der Thüringer DGB-Landesvertretung

Am 1. Mai stürmten 40 Neonazis die DGB-Kundgebung in Weimar. Sie brüllten, sie randalierten, sie prügelten. Es gab mehrere Verletzte, darunter war auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Carsten Schneider. Der mediale Aufschrei war groß – für kurze Zeit. Dann verschwand das Thema aus den Schlagzeilen. Doch das Problem rechtsextremer Gewalt in Thüringen bleibt. Der DGB kämpft gegen den braunen Sumpf. Doch es ist nicht nur die extreme Rechte, die Sandro Witt, Vorsitzender der Thüringer DGB-Landesvertretung, Sorgen bereitet – die Ressentiments in der „Mitte“ nehmen spürbar zu. Ein Gespräch über alltägliche rechte Gewalt, Rassismus und das Engagement der Gewerkschaften.

Am 1. Mai wurde der Öffentlichkeit auf erschreckende Weise nochmal vor Augen geführt, welche Gefahr von Rechtsextremen für diese Gesellschaft ausgeht. Kannst du nochmal die Hintergründe erklären zu dem Vorfall am 1. Mai in Weimar?

Die 40 Neonazis sind direkt, aggressiv in die Kundgebung rein. „SED gleich DGB“ haben sie beispielsweise gebrüllt. Die rot-rot-grüne Regierung mit dem linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow ist ein Feindbild. Es kam zu Ausschreitungen, es gab auch Verletzte, unter anderem den Abgeordneten Schneider von der SPD. Die Polizei war anfangs nicht direkt vor Ort, was einfach an der Personalsituation liegt. Die Polizei ist meines Erachtens unterbesetzt. Die Einsatzkräfte rückten jedoch in kürzester Zeit an und konnten 32 Täter festnehmen. Das war

sehr positiv. Gegen die Täter läuft jetzt auch ein Ermittlungsverfahren. Insgesamt arbeitet das Thüringer Innenministerium sehr gut mit uns zusammen, alle sind um eine lückenlose Aufklärung des Vorfalls bemüht.

Wie stellt sich in Thüringen die Situation insgesamt dar? Wie präsent sind rechtsextreme Gruppierungen?

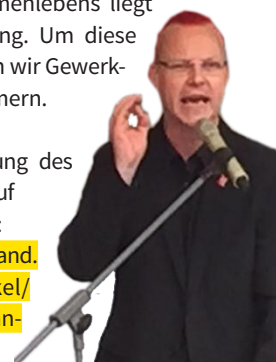
Rechte Gewalt ist an der Tagesordnung. Man wird bedroht, beschimpft oder angegriffen, sobald man „anders“ aussieht. Ich selbst wurde in einem Park von acht Neonazis verfolgt, weil ich für sie mit meinem „Iro“ sehr schnell als „Zicke“ auszumachen war. Das ist nichts Neues. Es hat sich leider trotz vieler Aktionsbündnisse nicht viel geändert. Die jetzige Landesregierung ist aber sehr aktiv gegen „Rechts“. Was wir brauchen, ist vor allem eine Zivilgesellschaft, die nicht wegschaut. Das erreichen wir nur über mehr politische Bildungsarbeit. In den Betrieben sind wir als Gewerkschaften aktiv. Da funktioniert es eigentlich gut. Auch mit Hilfe der „Gelben Hand“ versuchen wir im Betrieb die Kolleginnen und Kollegen zu sensibilisieren. Hier ist die Entwicklung durchaus positiv, Migranten fühlen sich gut aufgenommen. Man arbeitet gemeinsam, man spielt auch gemeinsam Fußball. Das Problem in Thüringen ist oft ein anderes: Es fehlt die Akzeptanz für Flüchtlinge.

Wie macht sich das bemerkbar? Welche Rolle spielt die Politik und wo setzt man politisch den Hebel an, um die Akzeptanz zu fördern?

Wir haben momentan in Thüringen die Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen und deren Inklusion. Die Menschen hier haben kaum Erfahrungen mit Flüchtlingen. Die Ressentiments nehmen spürbar zu, ein latenter Rassismus bricht sich Bahn. Jeden Montag mobilisiert „Thügida“ mit diesem Thema und viele Menschen gehen auf die Straße. Aber auch die Landtagsfraktion der AfD greift die Flüchtlingsthematik auf, sie schürt Ängste und bedient eine Abschiebungs-Rhetorik. Hier sind alle anderen Parteien gefragt, klar und deutlich zu widersprechen! Das Spitzenpersonal der AfD in Thüringen ist klar rechts. Das ist ein Wolf im Schafspelz. Politisch müssen wir die Umverteilungsfrage, die soziale Gerechtigkeit, wieder oben auf die Agenda setzen. Es geht darum, den sozialen Frieden zu wahren. Denn oftmals sind soziale Abstiegsängste Ursache der fremdenfeindlichen Einstellung gegenüber Flüchtlingen. Die Frage des Zusammenlebens liegt in der Umverteilung. Um diese Frage müssen auch wir Gewerkschaften uns kümmern.

Eine längere Fassung des Interviews gibt es auf unserer Homepage:

<http://www.gelbehand.de/meldung/artikel/rechte-gewalt-ist-an-der-tagesordnung/>



Von Abschottung zu Integration?

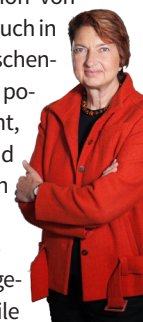
Abbau der Diskriminierung von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt – der DGB setzt sich ein

Lange Zeit war der Arbeitsmarkt für Asylsuchende und Geduldete abgeriegelt, jetzt reift scheinbar die Erkenntnis, dass es grundsätzlich sinnvoll sei, Flüchtlinge stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Gewerkschaften und der Kumpelverein setzen sich seit Langem für eine Gleichbehandlung von Flüchtlingen ein. Auch die Bundespolitik hat nun reagiert und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, um den Zugang zu Arbeit zu erleichtern. Bisher war Asylbewerber aufgrund eines fehlenden Aufenthaltstitels die Arbeit in den ersten neun Monaten untersagt. Diese Frist wurde ab dem 1. Januar 2015 durch eine Reform des Asylverfahrensgesetzes auf drei Monate reduziert. Der neuen Gesetzgebung zufolge gilt diese Frist auch für Geduldete. Auch das „Vorrangprinzip“, das Deutsche, EU-Bürger und gewisse Drittstaaten bei der Arbeitssuche bevorzugt, wurde teilweise gelockert. Bei genauerer Betrachtung jedoch zeigt sich, dass die Gesetze, die eine Erleichte-

rung für die Flüchtlinge darstellen sollen, von einzelnen Bundesländern und den Ausländerbehörden teilweise durch pauschale Verweigerung der Arbeitserlaubnis konterkariert werden. Diese Diskrepanz, sowie die Frage, welche Maßnahmen für eine sozialverträgliche Integration zielführend seien, waren auch Inhalt der gemeinsamen Tagung des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung und des DGB-Bundesvorstandes am 3. Juni mit dem Titel: „Von der Abschottungs- zur Integrationsperspektive: Arbeitsmarktintegration von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern“. Über 200 interessierte Gäste wohnten den Vorträgen, sowie der anschließenden Podiumsdiskussion bei. Annelie Buntentbach, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, stellte heraus, dass keine generellen Arbeitsverbote für Flüchtlinge aus bestimmten Herkunftsländern verhängt werden dürften. Betroffen sind davon oftmals Menschen aus Westbalkan-Staaten. Es gebe aber noch weitere Schwierigkeiten:

„Nicht nur rechtliche Hürden sind es, die eine die Arbeitsmarktintegration und eine qualifizierte und gut entlohnte Beschäftigung behindern. Zu nennen sind fehlende Sprachkenntnisse genauso wie Hindernisse bei der Anerkennung beruflicher Qualifikationen und Kompetenzen. Immer noch vorhanden sind Vorbehalte und Vorurteile in Betrieben und Unternehmen und ein Mangel an interkultureller Öffnung“, bemängelt Buntentbach. Zur Arbeitsmarktsituation von Flüchtlingen informiert der DGB auch in der Broschüre „Flucht. Asyl. Menschenwürde. DGB-Handreichung“. Die politischen Hintergründe der Flucht, sowie die aktuellen Zahlen und Fakten zum Thema „Asyl“ werden aufbereitet, um die betrieblichen und gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten beim Engagement gegen rassistische Vorurteile zu stärken.

Foto: DGB, Simone M. Neumann



Vorurteile abbauen, Rassismus überwinden

Fördermitglied Sebastian Ramnitz initiiert Integrations-Ausstellung mit interkultureller Schülergruppe

Seit dem Februar 2015 trifft sich in der Ludgerusschule in Vechta einmal wöchentlich die Gruppe „Lebenskünstler“, die aus zehn in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen und acht Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak besteht. Sebastian Ramnitz



und Catherine Herrgott, Projektinitiatoren, hatten zum Ziel, Jugendliche zusammenzubringen und kulturelle Hürden zu durchbrechen. Die Jugendlichen haben sich anfangs mit ihren Lebensgeschichten auseinandergesetzt und über Unterschiede und Parallelen gesprochen. Besonders die „Fluchtgeschichten“ haben die Gruppe gefesselt, und auch zusammengeschweißt. In einer zweiten Runde befasst sich die Gruppe mit Wünschen und Zielen, die sie in der Zukunft verbindet. Diese Geschichten verarbeiten die Teilnehmer in den gemeinsam gestalteten Leinwänden, die später versteigert werden, um das Projekt mit einer neuen Gruppe anschließend durchführen zu können. Ziel des Projektes sei es, Vorurteile abzubauen und Rassismus zu überwinden: „Wir möchten nicht nur über Integration reden, wir wollen sie leben. Die Jugendlichen befassen sich mit echten

Menschen die echte Geschichten mitbringen. Es geht uns darum, Jugendliche zusammenzubringen und Verständnis zu schaffen, um Hetzern von

Pegida oder AfD den Raum zu nehmen“, so Sebastian Ramnitz, Initiator des Projektes. Auch Tan Caglar aus Hildesheim, Schauspieler und Schirmherr des Projektes ist begeistert: „Ich finde es toll, dass es so ein „ehrliches“ Projekt ist, bei dem es darum geht, was die Jugendlichen interessiert. Man sieht, dass die Leute hier, auch wenn sie harte Geschichten mitbringen, Spaß haben am gemeinsamen Tun und nur so kann Integration gut funktionieren.“ Dies erkenne man nicht nur dadurch, dass eine tolle Atmosphäre in der Gruppe herrsche, sondern viel mehr dadurch, dass sich die Gruppe auch in den Ferien treffe, um gemeinsam weiter an ihren Bildern zu arbeiten. Unterstützt wird das Projekt bislang vom Förderverein der Ludgerusschule sowie von „Der Andere Laden“ GmbH, für weitere Unterstützer sei jedoch noch Platz.

Mehr Infos unter: <https://www.facebook.com/lebenskuenstler.vec>

„Ein Verstoß gegen unsere Grundsätze“

Rechtsextremer Erzieher gekündigt – Ausschluss aus der Gewerkschaft ver.di läuft

Wer für den Staat arbeitet, darf diesen nicht stürzen wollen. Etwas verkürzt, aber so lautet die Treuepflicht zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im öffentlichen Dienst. Diesem Bekenntnis ist ein rechtsradikaler Erzieher in Baden-Württemberg nicht nachgekommen, befand das Arbeitsgericht Mannheim. Er war von der Stadt Mannheim fristlos gekündigt worden, ging dagegen juristisch vor – doch das Gericht hielt die Kündigung für gerechtfertigt. Schließlich handele es sich bei der Kindererziehung um einen hochsensiblen Bereich, bei dem die höchsten Maßstäbe angelegt werden müssten. Der Mann war mehrfach auf Veranstaltungen der NPD, er war wohl auch in der rechten Hooligan-Szene aktiv und trug Kleidung der Marke Thor Steinar. Auch rechte Facebook-Posts dienten dem Gericht als Beweismittel, genauso wie die Aussage gegenüber einer Arbeitskollegin: „Wenn das mein Sohn wäre, würde er Springerstiefel und eine rote Armbinde tragen.“ Der Fall war

bundesweit in den Medien. Was oft nicht zu lesen war: Der Mann ist auch ver.di-Mitglied. Der Bezirk Rhein-Neckar hat umgehend ein Ausschlussverfahren ins Rollen gebracht. Der rechtliche Weg dahin sei lang, aber die Chancen – mit dem gerichtlichen Beschluss im Rücken – stünden gut, erklärt der ver.di-Bezirksvorsitzende Peter Erni. „Anhand von Video-Beweisen konnten wir gut darlegen, dass derjenige auf NPD-Veranstaltungen umtriebiger war. Man kann nicht NPD-Anhänger und Gewerkschaftsmitglied sein“, untermauert Erni, „das ist ein Verstoß gegen unsere Grundsätze!“ Schließlich, so der Gewerkschafter weiter, sei es nicht denkbar, sich einerseits zum Antifaschismus der Gewerkschaften zu bekennen, aber wenn es konkret würde, dann anders zu handeln.



Kampf gegen Rassismus verstärken

UN-Rassismus-Bericht rügt Deutschland



Die Mitte Mai veröffentlichte Abschlussbemerkungen des Antirassismus-Ausschusses der UN (CERD) fördern teils deutliche Kritikpunkte zu

Tagen, was den Umgang mit Rassismus in Deutschland betrifft. Zunächst einmal gebe es zu wenige Daten und Statistiken bezüglich der ethnischen Bevölkerungszusammensetzung und der Minderheiten in Deutschland. Darüber hinaus sei die Definition von Rassismus zu eng an das Phänomen des Rechtsextremismus geknüpft, damit blende man auch verbreitete Formen rassistischer Diskriminierung aus. Besorgt zeigen sich die Autoren des Abschlussberichts auch über die Verbreitung rassistischen Gedankenguts durch anti-muslimische Bewegungen und Parteien, womit wohl auf die Pegida-Demonstrationen Bezug genommen wird. Hart kritisiert wurde die erfolglose Aufklärung der NSU-Morde, die auf systemische Mängel hindeuten würde. Einen weiteren Kritikpunkt, der im Bericht Erwähnung fand, stelle die bundespolizeiliche Praxis des „Racial Profiling“ dar, bei der Kontrollen selektiv u.a. aufgrund von äußerlichen Merkmalen durchgeführt würden. Der Ausschuss forderte, die Rechtsgrundlagen für Personenkontrollen zu ändern. Des Weiteren werden Diskriminierungen von Minderheiten auf dem Wohnungsmarkt und bei der Arbeitssuche kritisiert. Auch die Zunahme der Gewalttaten gegen Asylsuchende stelle eine besorgniserregende Entwicklung in Deutschland dar. Aufgrund der historischen Verantwortung, aber auch um die Verständigung zu fördern, empfiehlt der Ausschuss Deutschland, einen Gedenktag für die in der Zeit des Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma einzuführen. Alle vier Jahre legt Deutschland der UN, wie die anderen Mitglieder auch, einen sogenannten „Staatenbericht“ vor, anhand dessen überprüft wird, wie in Deutschland die Antirassismus-Konventionen umgesetzt werden. Neben dem Staatenbericht (aus dem Jahr 2013) wurden dieses Mal sieben „Parallelberichte“ von Menschenrechtsorganisationen und NGOs eingereicht. Die Abschlussnote greift viele der von Organisationen bemängelten Kritikpunkte auf. Und es ist nicht das erste Mal: Schon 2013 rügte der UN-Ausschuss die Bundesregierung aufgrund unterlassener strafrechtlicher Ermittlungen gegen die rassistischen Äußerungen Thilo Sarrazins. Die vollständigen „Concluding Remarks“ des UN-Antirassismus-Ausschusses gibt es im Netz unter: <http://bit.ly/1FjIj3Y>

Echte Willkommenskultur

Fördermitglied Francescantonio Garippo setzt sich in Wolfsburg für ein Centro für Flüchtlinge ein

Die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland wird im Jahr 2015 weiter ansteigen. Schätzungen gehen von 400.000 Asylanträgen aus – rund doppelt so viele wie im Vorjahr. Für manche Politiker der AfD oder für Bewegungen wie Pegida ist dies ein Anlass, Ressentiments zu schüren. Doch für viele Menschen ist es auch ein Anlass, Solidarität zu zeigen mit denjenigen, die aufgrund von Vertreibung, Krieg und Elend ihre Heimat verlassen, um in Deutschland Schutz zu suchen. Eine Person, die sich persönlich dafür engagiert, ist das Fördermitglied des Kumpelvereins und Betriebsrat bei VW in Wolfsburg,



Francescantonio Garippo. In der Funktion des Vorsitzenden des Integrationsausschusses der Stadt Wolfsburg hat er die Idee eines „Centro Rifugio“, eines „Centro“ für Flüchtlinge nach Vorbild des „Centro Italiano“ angestoßen: „In den 1960er und 1970er Jahren bot das Centro für die italia-

nischen Zuwanderer eine wichtige Orientierung. Es gab Sozialarbeiter, einen Priester und die Räume luden zum geselligen Beisammensein ein.“ Das hätte, so Garippo, zur gelungenen Integration der italienischen Community in Wolfsburg beigetragen. Ähnliches wünscht er sich für die kommenden Flüchtlinge. Die Stadt Wolfsburg erwartet in diesem Jahr mehr als 700. Das „Centro Rifugio“ könnte als Anlaufstelle für Flüchtlingsfamilien dienen. Und darüber hinaus genauso wie damals beim italienischen Centro, „ein Ort der Zusammenkunft und des Austausches, ein Ort der echten Willkommenskultur sein“, erklärt der Vorsitzende des Integrationsausschusses. Am 20. Juni ist der Internationalen Flüchtlingstag: Da soll in Wolfsburg im Rahmen eines großen Stadtfestes auf die Flüchtlingsthematik eingegangen werden.

Broschüre des Monats

Diskriminierung in der beruflichen Bildung



„Diskriminierung betrifft nicht nur Jugendliche mit Hauptschulabschluss, sondern auch hoch qualifizierte Hochschulabsolventen sind betroffen.“ Zu diesem Schluss kommt eine aktuelle Studie über den Zugang zur beruflichen Bildung von Albert Scherr (PH Freiburg), Caroline Janz (Universität Freiburg) und Stefan Müller (Universität Duisburg-Essen). Die Soziologen zeigen damit entgegen der bisherigen medialen, politischen und wissenschaftlichen Sichtweise, dass Benachteiligung von Migranten bei der Lehrstellenvergabe nicht als reine Folge schulischer Benachteiligung zu betrachten ist. Im Buch „Diskriminierung in der beruflichen Bildung – Wie migrantische Jugendliche bei der Lehrstellenvergabe benachteiligt werden“ (Springer VS) stellen die Autoren die Ergebnisse des Forschungsprojektes vor und beschreiben die vielfältigen Ursachen und Gründe betrieblicher Diskriminierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Eine Erkenntnis klingt nahezu banal, bringt die Problematik aber auf den Punkt: Personalentscheidungen erfolgen nicht immer leistungsgerecht. Ein entscheidendes Auswahlkriterium sei zum Beispiel die Passung in das Unternehmen als soziale Gemeinschaft: „Wer von den jeweiligen Normalitätsvorstellungen abweicht, hat schlechtere Karten“, konstatiert Scherr. Manche Arten der Diskriminierung seien zudem weitgehend sozial akzeptiert, was schnell zum Ausschluss führe: „35 Prozent der von uns befragten Betriebe stellen keine kopftuchtragenden Muslime ein und über zehn Prozent gar keine Muslime.“ Das Ausmaß sei unterschiedlich: In Groß-

betrieben seien Konzepte einer nicht-diskriminierenden Personalpolitik oft bereits realisiert, während die Anpassung für kleine und mittelständische Unternehmen eine bisher ungelöste Herausforderung darstelle, erläutert Scherr. Demonstrative Bekenntnisse zu Diversity-Programmen genügen nicht, so das Fazit der Autoren: „Es ist notwendig, diskriminierende Einstellungen und Praktiken als Problem anzuerkennen und sie auf betrieblicher Ebene genau zu analysieren, um auf dieser Grundlage betriebliche Anti-Diskriminierungsstrategien zu entwickeln.“ Mehr Infos zur Studie unter: <http://www.springer.com/de/book/9783658097783>

betrieben seien Konzepte einer nicht-diskriminierenden Personalpolitik oft bereits realisiert, während die Anpassung für kleine und mittelständische Unternehmen eine bisher ungelöste Herausforderung darstelle, erläutert Scherr. Demonstrative Bekenntnisse zu Diversity-Programmen genügen nicht, so das Fazit der Autoren: „Es ist notwendig, diskriminierende Einstellungen und Praktiken als Problem anzuerkennen und sie auf betrieblicher Ebene genau zu analysieren, um auf dieser Grundlage betriebliche Anti-Diskriminierungsstrategien zu entwickeln.“ Mehr Infos zur Studie unter:

Mehr Infos zur Studie unter:

<http://www.springer.com/de/book/9783658097783>

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

- 1. Stephanie Albrecht**, IG BCE, HV Abt. Politik, Hannover
- 2. Klaus Barthel**, ver.di, MdB, AfA-Bundesvorsitzender, Berlin
- 3. Jost A. Bartholomäus**, IG Metall, Vertrauensleuteleitung VW Hannover, Hannover
- 4. Katrin Bartsch**, ver.di, Elbingerode
- 5. Wolfgang Baumgartner**, NGG, Berlin
- 6. Ulrich Bertram**, GEW, Hildesheim
- 7. Dietrich Burggraf**, ver.di, Leiter und Geschäftsführer des Bildungszentrums HVHS Hustedt, Celle
- 8. Monika Cibura**, Hannover
- 9. Anna Engfer**, IG BCE, Gewerkschaftssekretärin Bezirk Mannheim
- 10. Gordon Folger**, DGB, HV Abt. Finanzen, Berlin
- 11. Knut Lambertin**, ver.di, DGB HV, Referatsleiter Abt. Gesundheitspolitik, Berlin
- 12. Julian Liebner**, IG BCE, Gewerkschaftssekretär, Wuppertal
- 13. Gunnar Reichwaldt**, IG Metall, Gewerkschaftssekretär, Verwaltungsstelle Kiel-Neumünster
- 14. Udo Schiefner**, NGG/ IG BCE, MdB, Kempen
- 15. Dirk Schulze**, IG Metall, 1. Bevollmächtigter Verwaltungsstelle Hannover, Hannover
- 16. Waltraud Wolff**, IG BCE, MdB, Wolmirstedt

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt. Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Sonja Marko (ver.di), Volker Roßocha (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic

Fotos: Gelbe Hand, ver.di Jugend, DGB Hessen-Thüringen

Produktion:

Setzkasten GmbH Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand